

Luxembourg, le 25 septembre 2008

## Pressemitteilung

# Sozialpädagogen gehen in die Offensive

Nach monatelangen Verhandlungen zwischen der Regierung und den Gewerkschaften SEW/OGB-L, sowie SNE/CGFP und dem daraus resultierenden Kompromissvorschlag zugunsten der Lehrerschaft bleiben viele Fragen offen. Die Ergebnisse der Verhandlungen haben ganz klar gezeigt, dass die Regierung bei einer bestimmten Berufsgruppe zu **Konzessionen** bereit ist, **währenddessen andere wieder einmal leer ausgehen werden**. Da die Regierung anfangs des Jahres den Sozialpädagogen gegenüber erklärte, dass weder eine Gehaltsaufbesserung, noch eine Gehälterrevision in naher Zukunft möglich seien, überrascht es uns, dass nur die Lehrer von einer Aufstockung ihrer Laufbahn profitieren werden. Da mehrere Bachelor-Laufbahnen, darunter auch die des Sozialpädagogen, dabei nicht berücksichtigt werden und wie bereits seit drei Jahrzehnten in der Gehältertablette weitaus unter dem liegt, was ihnen eigentlich zustehen müsste, haben wir es mit einem **Präzedenzfall** zu tun, mit dem sich die Regierung auseinandersetzen muss.

**Zur Erinnerung:** Die Laufbahn des Sozialpädagogen ist von den Laufbahnen beim Staat mit drei Jahren Universitätsausbildung diejenige welche am meisten unter den aktuellen Gehältertabellen zu leiden hat. Wir fordern keine exklusive Gehaltsaufbesserung für die Sozialpädagogen, sondern wir verlangen ausdrücklich, dass die Fehler in den Gehältertabellen endlich beseitigt werden. Wieso haben sich die entsprechenden Gewerkschaften nicht zuerst für die Berufe eingesetzt, welche von den **falschen Eingliederungen** in die Gehältertabellen am meisten betroffen sind?

### Wie ist dieser Präzedenzfall zu rechtfertigen?

Angesichts der angespannten budgetären Lage beim Staat, hält die Regierung daran fest, vorerst keine allgemeine Gehälterrevision vorzunehmen. Die Lehrgewerkschaften konnten mit diplomatischem Geschick einerseits und mit ethisch bedenklichen Druckmitteln (Streik, Infragestellung des neuen Schulgesetzes) andererseits einen beachtlichen Teilerfolg landen. Nach einer mehrmonatigen Verhandlungsphase und den daraus resultierenden Zugeständnissen lieferte die Regierung endgültig den Beweis, dass sie diesem Druck nicht standhalten konnten und eine weitere grobe Ungerechtigkeit innerhalb der Gehältertablette des Staatsdienstes zuließ.

## **Grosse Unterschiede in der Gehältertable !**

Die Karriere des Sozialpädagogen situiert sich jetzt bereits weit unter der Laufbahn des Lehrers. Die bestehenden Ungerechtigkeiten werden durch den Kompromissvorschlag noch weiter verstärkt. Dies können wir nicht hinnehmen, da Sozialpädagogen und Lehrer bis dato mit einer Studiendauer von drei Jahren beide in eine allgemeine Bachelor-Laufbahn eingestuft werden müssten! Auch wenn die Studiendauer der künftigen Lehrer an der Uni Luxemburg auf mittlerweile vier Jahre verlängert wurde, sind momentan ausschließlich Lehrer beschäftigt, die lediglich ein dreijähriges Hochschulstudium absolviert haben. Hinzu kommt, dass die Lehrerstudenten aus Belgien weiterhin nur drei Jahre zu studieren brauchen, um das Lehrerdiplom zu erlangen.

Anstatt Anfangsgehalt und Endgehalt sollte bei den aktuellen Überlegungen von Gewerkschaften und Staat die gesamte Lebenslaufbahn berücksichtigt werden, weil verschiedene Bachelorlaufbahnen im Laufe der Jahre viel schneller steigen als andere. Da der Sozialpädagoge erst sehr spät seine Endlaufbahn erreicht, verliert dieser, über seine gesamte Laufbahn verteilt, über **600 000 Euro** an Gehalt im Vergleich zu anderen Bachelor - Studien.

## **Wir verlangen eine allgemeine Bachelor-Laufbahn im öffentlichen Dienst!**

Die Regierung täte gut daran, eine **allgemeine Bachelor-Laufbahn** einzuführen. Somit wären viele Probleme aus dem Weg geräumt.

**Die Berufsvereinigung der Sozialpädagogen APEG wehrt sich mit aller Entschlossenheit gegen diese Art von Ungerechtigkeit! Mobilisierungsaktionen in den Herbstmonaten sind geplant und werden in den nächsten Wochen bekannt gegeben!**

Der Vorstand der APEG, der Berufsvereinigung der Sozialpädagogen

Für weitere Fragen stehen wir Ihnen unter der Nummer 621 218 875 zur Verfügung